

Was SP-Frauen darüber denken : austreten? : Ja waren wir denn je drin?

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **63 (1984)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340104>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

rat zurückzieht. Der bisherige und der von Bürgertums Gnaden gewählte Bundesrat hätten zurückzutreten. Vor allem aber hätten die Gewerkschaften und die Partei jede Mitwirkung an der Ausarbeitung von Kompromissen in den vorparlamentarischen Expertenkommissionen, in den Vernehmlassungen und in der Bundesversammlung aufzusagen. Die Erlasse der bürgerlichen Mehrheit der Bundesversammlung wären dann in Referendums-kämpfen zu Fall zu bringen, solange bis die Einsicht bei den übermütigen Kraftmeiern des Freisinns und der SVP einziehen würde, dass ohne die Arbeiterbewegung, deren Autonomie respektiert werden muss, das Land nicht regiert werden kann. Vor hundert Jahren hat die katholische Minderheit in der Eidgenossenschaft mit ähnlicher Methode die Alleinherrschaft des Freisinns gebrochen.

Solche Strategie setzt selbstverständlich solidarische Geschlossenheit der schweizerischen Arbeiterbewegung, d.h. von Partei und Gewerkschaften, voraus. Angesichts der derzeitigen Haltung der Arbeitgeber, deren Kurs im gleichen Sinne steuert wie jener des Freisinns, *drängt sich doch wohl auch für die Arbeitnehmerorganisationen eine harte Haltung zur Verteidigung der Positionen der Arbeiter-schaft auf.*

Ein Beschluss des Parteitages zu Beginn des nächsten Jahres auf Rückzug aus der Beteiligung am Bundesrat wäre zwar ein Donnerschlag, der indessen bald ergebnislos verhallen würde, wenn nicht eine Strategie zur Rückkehr in die Regierung unter anderen Bedingungen befolgt würde.

Aus dem «Volksrecht»

Was SP-Frauen darüber denken

Austreten? — Ja waren wir denn je drin?

Vom Redaktionskollektiv des «Roten Heftli»

Vor dem schwarzen Mittwoch war viel die Rede von der Frauenfreundlichkeit der SPS, von ihrer Vorurteilslosigkeit und davon, dass diese Partei diejenige sei, die allgemein den Frauen am meisten Platz einräumt. Lilian Uchtenhagen galt als lebender Beweis für diese löbliche Haltung, und dies nicht ganz zu Unrecht. Denn es genügt für eine Frau bekanntlich nicht, alle für ein wichtiges Amt erforderlichen Bedingungen mehr als hundertprozentig zu erfüllen: zum Erfolg braucht sie ein von Männern aufge-

drücktes Gütesiegel. Diese erhielt Lilian Uchtenhagen schliesslich von der gesamten Partei. Als dann die bürgerliche Mehrheit im Parlament klar zeigte, dass sie sich weder von den Fähigkeiten einer Frau Uchtenhagen noch von den Erwartungen einer Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung und von «Säcken voll Postkarten» beeindrucken lasse, sprach man noch einige Tage lang von einer Ohrfeige an die Frauen. Aber in der Partei hat sich dies erstaunlich rasch gelegt. Sollte es denkbar sein, dass die SPS

ihre Frauenfreundlichkeit nur dann aus der Schublade zieht, wenn Wahlen im Anzug sind?

Was die Bundesratsbeteiligung uns heute gebracht hat

● Zum Beispiel in Sachen *Mutterschutz.*

Seit 1945 enthält die Bundesverfassung eine Bestimmung betreffend Einführung der Mutterschaftsversicherung. Obwohl wir eines der reichsten Länder der Welt sind, hat es auch während der Zeit der Hochkonjunktur der schweizerische Gesetzgeber nicht fertiggebracht, eine umfassende und befriedigende Regelung einzuführen. Heute bilden wir in Europa immer noch das Schlusslicht in Sachen Mutterschaftsversicherung — wie in vielen anderen Gebieten auch.

Es bedurfte einer aus Frauenkreisen stammenden Volksinitiative, damit 1980 das Thema wieder aufgegriffen wurde. *Der Bundesrat empfiehlt Nicht-Annahme der Initiative.* Und natürlich folgte ihm die Mehrheit der Bundesversammlung in dieser Ansicht. Dieses Jahr wird das Volk über die Initiative abzustimmen haben.

● Zum Beispiel in Sachen *Fristenlösung.*

Soziale Wirklichkeit und Gesetz klaffen in der Schweiz auseinander. Zehntausende von Frauen müssen jährlich eine Schwangerschaft abbrechen, und tun dies nicht zum Vergnügen. Laut Strafgesetz sind die meisten dieser Unterbrüche illegal. Das Gesetz wird also heute de facto umgangen, aber nicht ohne seelisches Leid und Ungerechtigkeit zu verursachen und die Profitgier gewisser Ärzte sowie kriminelle Handlungen zu fördern. Das Fazit ist für Frauen leicht zu ziehen: *uns hat die Beteiligung im Bundesrat nichts gebracht.* Hat sie den Männern viel mehr gebracht, als die Illusion, an der Macht beteiligt zu

sein? Natürlich, in den Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs fielen auch für die Sozis Brosamen vom reichlich gedeckten Tisch, es gab ja von Allem mehr als genug. Nun, da der Wind etwas rauher weht, wandern auch diese Brosamen in den Schlund der Reichen.

Was uns der Weg in die Opposition bringen könnte

Während sich heute viele SP-Frauen fragen, ob sie gleich aus der Partei austreten oder ob sie noch den Parteitag von Anfang Februar abwarten sollen, würden wahrscheinlich — sollte die SPS den mutigen Schritt wagen — sehr viele Frauen neu der Partei beitreten. Gerade Frauen haben ein grosses Misstrauen gegenüber der traditionellen Parteipolitik, sie verstehen die scheinbare Kompromissfreudigkeit der SPS nicht. Die sogenannte Hintergrundarbeit ist per definitionem nicht sichtbar, daher muss es ihnen so vorkommen, als verträte die SPS die gleichen Positionen wie die bürgerlichen Parteien. Für feministische und andere Anliegen engagierte Frauen würden einer SPS eher Vertrauen schenken, die klar und eindeutig Stellung nehmen kann und darf.

Zwar identifizieren sich die SP-Frauen seit eh und je mit den Zielen der feministischen Bewegung, sie haben oft auch aktiv an deren Initiativen teilgenommen (siehe gleiche Rechte, Mutterschutz, Fristenlösung). In vielen Fällen befanden sie sich jedoch in der misslichen Lage, «politischen Realismus» predigen, Kompromisse vorschlagen zu müssen. Denn sie sind Teil der SPS, die ihrerseits Geisel der Konkordanzpolitik ist.

Wenn wir nicht durch die Konkordanzpolitik gebunden wären, könnten wir uns glaubwürdiger mit jenen Bewegungen solidarisieren, die heute Bürgerinnen und Bürger für bestimmte

Ziele mobilisieren, welche programmatisch auch Ziele der SPS sind (Umweltschutz, Pazifismus, Solidarität mit der dritten Welt, Feminismus). Für uns SP-Frauen wäre der Schritt in die Opposition auch ein klares Bekenntnis der Partei zu den erwähnten Zielen, vorab zum feministischen Sozialismus.

Die Zeit für einen mutigen Schritt ist gekommen. Verges-

sen wir nicht, dass eine Partei auch nur aus Menschen besteht. Und dass sie mit dem Engagement aller ihrer Mitglieder steht und fällt. Wir müssen uns als Partei entscheiden, ob wir den engagierten Bürgerinnen und Bürgern gegenüber noch mehr an Glaubwürdigkeit einbüßen wollen oder ob wir — auch in ihrem Interesse — den steinigere Weg wählen.

Das Buch zur aktuellen Debatte

Zauberformel: Fauler Zauber?

Die Schwachstellen der Konkordanzdemokratie

Die letzte Bundesratswahl hat — für viele überraschend — eine der wichtigsten innenpolitischen Debatten ausgelöst. Die schweizerische Öffentlichkeit ist aber kaum auf Entscheidungen von solcher Tragweite vorbereitet, denn noch vor kurzem wurde der Gedanke, die SP könnte aus der Landesregierung ausscheiden, weitherum als völlig unrealistisch betrachtet. Inzwischen haben zwar die Medien einige Elemente zur Meinungsbildung geliefert. Nur Eingeweihte wissen aber, dass in den verschiedensten Kreisen schon seit Jahren über die Schwachstellen der Konkordanzdemokratie diskutiert wird. Die jetzige Debatte bietet Gelegenheit, einige wichtige Aspekte dieser Kritik, die bisher vor allem in politologischen Fach- und politischen Insider-Kreisen bekannt waren, einem breitem Publikum zugänglich zu machen.

Nach der Wahl vom 7. Dezember haben sich *Ruedi Brassel*, *Bernard Degen*, *Andreas Gross* und *Jakob Tanner* zusammengesetzt und sich über die Mög-

lichkeiten zur Publikation dieser Kritiken unterhalten. Sie haben sich entschlossen, einige bekannte Autoren um Beiträge anzugehen, um diese in einem Buch zusammenzufassen. So sind 14 Beiträge, drei Interviews sowie eine Dokumentation zustande gekommen, die soeben unter dem Titel «Zauberformel: Fauler Zauber?» im Basler Z-Verlag erschienen sind. Die Autoren hoffen, mit-helfen zu können, die durch die Medien stark personalisierte Diskussion auf eine grundsätzlichere Ebene zu heben und eine vertiefte Meinungsbildung anzuregen. Entsprechend dem breiten Interesse an der Frage ist das Buch weder vom Herausgeberkollektiv noch von den Autoren nur auf die SP ausgerichtet, obwohl diese natürlich in verschiedener Hinsicht prägend wirkte.

Die beiden Beiträge von *Bernard Degen* und *Jakob Tanner* versuchen das schweizerische Konkordanzmodell auf dem Hintergrund ausländischer Erfahrungen und Entwicklungen zu beurteilen. *Bernard Degen*